

# Wenn in der Krise die Pflege wegbricht

In der Corona-Krise stehen Pflegeheime und ambulante Dienste zunehmend unter Personal-Druck. Dazu kommt, dass im ganzen Land osteuropäische Haushaltshilfen ihre Koffer gepackt haben. Das System gerät ins Wanken.

VON SEBASTIAN HORSCH  
UND WOLFGANG HAUSKRECHT

München – Anna N., 77, lebt im Betreuten Wohnen in einer Einrichtung im Landkreis Dachau. Sie leidet unter fortschreitender Demenz, kann nicht mehr alleine einkaufen, selber duschen oder kochen. Nur mit viel Hilfe schafft sie es noch in ihrer kleinen Wohnung. Tochter Petra (alle Namen geändert), 52, hat deshalb warmes Essen geordert, lässt ihre Mutter mehrmals die Woche von der Tagespflege abholen, kommt selbst jedes Wochenende aus München, um einzukaufen, zu putzen, ihrer Mutter die Haare zu waschen. Das Coronavirus hat die Versorgung nun ins Wanken gebracht.

Seit Donnerstag bietet die Einrichtung kein warmes Mittagessen mehr an – Petra N. erfährt davon nur per Zufall. Auch das gesamte Rahmenprogramm ist abgesagt. Zu gefährlich. Die Tagespflege hat ebenfalls zugemacht. Die 77-Jährige sitzt also Tag für Tag alleine in ihrer Wohnung. Immerhin schickt der Pflegedienst im Haus noch jemanden zur morgendlichen Hygiene vorbei.

Tochter Petra steckt in einem Dilemma. Eigentlich dürfte auch sie nicht mehr kommen, um keinen der über 100 anderen Bewohner zu gefährden. Aber der Pfle-



Plötzlich allein: Nicht nur in Pflegeheimen ist das Personal knapp, auch in der häuslichen Pflege wird es eng. FOTO: ULLSTEIN

gedienst habe sie am Telefon fast gebeten, die Mutter weiter zu versorgen. „Die haben gesagt, sie schaffen es selber nicht mehr, könnten nur noch das Nötigste leisten. Besonders schlimm sei es für die Bewohner ohne Angehörige.“ Also steigt Petra N. weiter ins Auto, trägt Mundschutz, hält Abstand. Warmes Essen hat sie über einen anderen Anbieter organisiert. Petra N. sieht keine Alternative, denn ihre Mutter versteht nicht, was gerade passiert.

Es ist ein Beispiel von vielen, in denen das deutsche Pflegesystem gerade seine Schwachstellen aufgezeigt bekommt. Zum einen in den

Pflegeeinrichtungen, die an die Grenzen ihrer Kapazitäten stoßen. Vor allem aber auch in den vielen Haushalten, in denen Pflegebedürftige und Angehörige oft größtenteils auf sich selbst gestellt sind. Und die jüngsten Verschärfungen an den Grenzen zu Ländern wie Polen und Tschechien drohen die Situation zu verschlimmern.

Der Verband für häusliche Betreuung und Pflege rechnet damit, „dass ab Ostern 100 000 bis 200 000 Menschen schrittweise nicht mehr versorgt sind“. Denn derzeit seien rund 300 000 osteuropäische Betreuungskräfte in Deutschland tätig,

die sich meist um den Haushalt, aber oft auch um die pflegerische Betreuung kümmern. Und viele von ihnen sind offenbar im Zuge der Corona-Krise in ihre Heimat ausgereist. „Pflegebedürftige, die bisher von osteuropäischen Haushaltshilfen versorgt wurden, fragen jetzt vermehrt bei unseren Pflegediensten an“, bestätigt unserer Zeitung Bernd Meurer, der Präsident des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Dienste. Und weil 90 Prozent dieser pflegenden Haushaltshilfen schwarz arbeiten und offiziell nicht als Pender gelten, können sie derzeit auch nicht so einfach

nach Deutschland zurückkehren – wenn sie das überhaupt wollen. Die Lage droht sich zuzuspitzen. Der Vorsitzende des Gesundheitsausschusses im Bundestag, Erwin Rüdell (CDU), fordert bereits Lohnfortzahlungen für Arbeitnehmer, die sich um Angehörige kümmern müssen, deren Pflegekraft das Land verlassen hat.

„Auch ich bin in gewisser Weise ratlos“, sagt Brigitte Bührlen, die in München die Stiftung pflegender Angehöriger WIR! gegründet hat. „Die Struktur unseres Pflegesystems gibt auf diese Situation keine Antworten.“ Es sei nun einmal die Grundlage

der pflegerischen Versorgung in Deutschland, dass sich vor allem die Bevölkerung selbst um ihre Pflegebedürftigen kümmert. Mehr als 70 Prozent werden zuhause versorgt. Und möglich sei das oft nur mit der Unterstützung von Hilfen aus Osteuropa oder ambulanten Pflegediensten. „Das zu hinterfragen, war lange Zeit ein Tabu – aber genau deshalb bekommen wir jetzt ein strukturelles Problem“, sagt Bührlen.

Und zwar nicht nur, wenn Pfleger ausfallen, sondern selbst, wenn sie nicht ausfallen: „Gerade Ältere haben jetzt Angst, dass die ambulanten Pflegekräfte, die jeden Tag vielen Menschen nahe kommen, das Virus überhaupt erst ins Haus bringen könnten.“ Das Dilemma für so viele: „Gleichzeitig können sie auf die professionelle Hilfe nicht verzichten“, sagt Bührlen.

Dazu kommt noch ein anderes Problem: Was, wenn überhaupt niemand von der Not mancher Senioren erfährt? „Es ist an keiner Stelle registriert, in welchen Haushalten hilfsbedürftige ältere Menschen leben“, sagt Bührlen. Was passiert also mit ihnen, wenn die osteuropäische Haushaltshilfe aus Sorge um die eigene Familie die Koffer packt? Das bayerische Gesundheitsministerium betont ebenfalls, dass es aufgrund fehlender Daten keine Möglichkeit gebe, auf die Betroffenen zuzugehen, und empfiehlt ihnen, sich an die Beratung ihrer Pflegekasse oder eine Fachstelle für Pflege Angehörige zu wenden. Bührlen sagt hingegen: „Die Kommunen müssen diese Haushalte erfassen, auch die Kirchen müssen hier tätig werden.“

## CORONA IN KÜRZE

### 1000 Patienten auf Intensivstationen

Rund 1000 Corona-Patienten werden nach Angaben der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) aktuell auf Intensivstationen behandelt. Insgesamt betreuen deutsche Krankenhäuser derzeit bis zu 4000 Corona-Patienten, sagte DKG-Präsident Gerald Gaß. In den kommenden Tagen erwarte er noch einmal eine deutliche Steigerung der Infektionszahlen: „Ich gehe davon aus, dass wir bis Ende dieser Woche mit etwa 70 000 registrierten Infektionen rechnen müssen“, sagte Gaß. Das wären 700 000. Laut FAZ warnen sieben medizinische Fachgesellschaften, dass die Intensivkapazitäten bald ausgelastet sein könnten.

### Braun: Junge dürfen als erste wieder raus

Die Bundesregierung will die Kontaktbeschränkungen nach den Worten von Kanzleramtschef Helge Braun später mal zunächst für junge, gesunde Menschen lockern. Der CDU-Politiker sagte der Social-Media-App Jodel: „Die nächste Phase lautet natürlich: Junge Menschen, die nicht zu den Risikogruppen gehören, dürfen wieder mehr auf die Straße.“ In zwei Wochen sehe man, wie sich die Infektionskurve entwickle.

### Das Datum

26. März 2000: Wladimir Putin wird zum neuen Präsidenten Russlands gewählt.

26. März 1995: Das Schengen-Abkommen über den ausreisefreien Reiseverkehr tritt für Deutschland, Frankreich, Spanien, Portugal und die Benelux-Staaten in Kraft.

## Österreichs Fesseln werden nur leicht gelockert

Bundeskanzler Kurz stimmt das Land darauf ein, dass die Einschränkungen auch nach Ostern anhalten

München – Mathematik, hat Sebastian Kurz am Dienstag sinngemäß gesagt, ist mehr als bloß das Addieren von zwei Zahlen. Konkret warnt der österreichische Bundeskanzler davor, den täglichen Anstieg der Corona-Infizierten in seinem Land falsch zu lesen. Es geht nicht um punktuelle Werte, sprich: den Anstieg an einem konkreten Tag. Es geht um das Verhältnis zwischen getesteten und infizierten Personen, aber auch um den Verlauf einer Kurve über Wochen.

Am Anfang der Krise wurden so wenige Österreicher getestet, dass es kaum positive Befunde gab. Das ist jetzt anders. Vergangenen Sonntag waren 600 von 2000 Ergebnissen positiv, und die Zahl der Tests soll weiter deutlich erhöht werden. Das wird sich auf die Fallzahlen

auswirken, die aktuell bei 5560 Infizierten und 32 Todesopfern liegen.

Dennoch hat sich der Kanzler ein Ziel gesetzt, das anspruchsvoll ist, aber, wie er glaubt, nicht unrealistisch. In absehbarer Zeit sollen die strengen öffentlichen Maßnahmen so weit greifen, dass die Zahlen sich nur noch alle 14 Tage verdoppeln. Neupatienten und frisch Genesene würden sich in diesem Modell ungefähr die Waage halten, die Belastung für das Gesundheitssystem bliebe erträglich. Noch ist Österreich längst nicht am Limit. Es sind so viele Beatmungsplätze frei, dass man dem schwer leidenden Nachbarn Italien Patienten abnehmen kann.

Am Freitag will die Wiener Regierung bekannt geben, was die bisherigen Einschnitte ins soziale Leben – die

Schließung von Schulen, Universitäten, Gastronomie, Geschäften und Grenzen sowie Ausgangsbeschränkungen – gebracht haben. Und wie es weitergehen wird. Seit zehn Tagen entwirft eine Task Force dafür Szenarien. Die Ideen reichen von flächendeckenden Tests über den Einsatz

personenbezogener Daten bis zum Tragen von Schutzmasken im Alltag. Vieles, was bisher undenkbar erschien, ist inzwischen eine Option.

Die Erwartung im Land ist, dass der Verzicht sich in

konkreten Fortschritten bemerkbar macht. Diesem Optimismus versucht Kurz, mit freundlicher Entschiedenheit zu widersprechen: „Bitte haben Sie nicht die Hoffnung, dass wir am Freitag schon all unsere Ziele erreicht haben.“ Er könne vielmehr „garantieren, dass die Zahlen nicht so gut sind, dass wir die Maßnahmen zurücknehmen“.

Sie dürften aber, und das ist eine tröstliche Nachricht, Regierung und Bürger zumindest darin bestätigen, dass die Entbehren der jüngsten Zeit Sinn gemacht haben und erste Früchte tragen. In einzelnen Bundesländern, berichtet Gesundheitsminister Rudi Anschober, sei ihr täglicher Anstieg nur noch im einstelligen Prozentbereich. In einigen anderen sei er ebenfalls moderat und liege zwischen zwölf und 13.

Dass er landesweit noch rund 24 Prozent beträgt, liegt vor allem an den hohen Tiroler Werten. Aber gegenüber den 35 bis 40 vor wenigen Wochen ist auch das ein Fortschritt.

In Deutschland wird man am Freitag sehr gespannt nach Wien schauen. Die Zahlen werden auch dem Nachbarn einen Aufschluss geben, ob es sich auszahlt, das soziale Leben auf nahe Null zu reduzieren. Und einige Politiker könnten sich beim Blick in den Süden auch abschauen, wie man unschöne Wahrheiten den Menschen am besten vermittelt. Die Klarheit des Kanzlers ist durchaus stillbildend. Kurz ahnt: Auch nach Ostern, wenn die ersten Fesseln gelockert werden, wird „das Leben dem heutigen mehr ähneln als dem normalen“. **MARC BEYER**



Klare Worte, nett formuliert: Sebastian Kurz.

FOTO: REUTERS

## „Bei Corona-Forschung ist Europa vorbildlich“

Pandemie-Krise: EU-Abgeordnete plädieren für gemeinsame Lösungen statt Renationalisierungen

München – Exakt heute vor 25 Jahren trat das Schengen-Abkommen für ein grenzenloses Europa in Kraft. Doch nun, im Jahr 2020, gehen in Zeiten der Corona-Virus an vielen Ländergrenzen in Europa die Schlagbäume wieder runter. Sogar Deutschland macht zu zunehmend dicht. Während bisher der freie Verkehr von Waren und Arbeitnehmern über die Grenzen hinweg ermöglicht wurde, verschärft die Bundesregierung die Einreisebestimmungen: Für Saisonarbeitskräfte und Erntehelfer gilt nun ein Einreiseverbot (siehe Wirtschaft).

Nur kurz vor der Bekanntgabe der Entscheidung in Berlin hatten die Vorsitzenden der CDU/CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament, Daniel Caspary (CDU) und die Oberbayerin Angelika Niebler (CSU), noch dafür geworben, europäische Antworten auf die Corona-Krise zu suchen statt nationaler Alleingänge. Caspary warb etwa dafür, Schutzmaßnahmen nicht entlang nationaler Grenzen zu ergreifen, sondern Hochrisikogebiete zu definieren und diese dann unter Quarantäne zu stellen. Niebler warnte zwar davor,

gut funktionierende europäische Wirtschaftskreisläufe wieder zu renationalisieren, zeigte andererseits aber auch Verständnis für die schwierige Güterabwägung zwischen „Minimierung von gesundheitlichen Risiken und den Interessen der landwirtschaftlichen Betriebe, die auf Saisonarbeiter angewiesen sind“. Sie respektiere die Berliner Entscheidung, sagt sie unserer Zeitung, fordere aber deren zeitliche Begrenzung „so kurz wie möglich“, im Interesse der Landwirtschaft und der Lebensmittelversorgung in Deutschland.

Dem verbreiteten Eindruck, die EU bleibe in der Coronakrise im Vergleich zu den Mitgliedsstaaten untätig, widersprechen beide Unionspolitiker vehement. Sie weisen bei einer gemeinsamen Telefon-Pressekonferenz auf ein ganzes Paket beschlossener EU-Maßnahmen: Etwa die 38 Milliarden Euro schwere Corona-Investitionsinitiative, die Bereitstellung von 800 Millionen Euro aus dem EU-Solidaritätsfonds (der normalerweise für Naturkatastrophen gedacht ist), die Lockerung von Beihilfe-Vorschriften zur Unterstützung der Wirt-

schaft, die flexiblere Handhabung von Flughafen-Bestimmungen oder die erfolgreiche gemeinsame Beschaffung von Schutzkleidung.

Vor allem sei Europa aber in der Forschung vorbildlich: „Da ist die EU einmalig unterwegs“, lobt Niebler. Bereits im Januar, also sehr früh, habe Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides europaweit Forscherteams ins Leben gerufen, um rasche Lösungen bei Impfstoffen, Medikamenten und Tests für Corona zu ermöglichen. Mittlerweile seien dies 138 Teams, die ihre Forschungsergebnisse auf

speziellen Datenbanken speichern und austauschen. Ein einzelnes Land könne das nicht leisten, meint Niebler.

Angesichts der „Krise biblischen Ausmaßes“ zählten aber nicht nur harte Fakten und Geld. „Zeichen der Solidarität“ wie etwa die Aufnahme Schwerstkranker aus einem überlasteten Nachbarland seien jetzt ebenso wichtig, um das Bewusstsein der Gemeinsamkeit in der EU zu stärken. Und wie geht es nach der Krise weiter? Für Niebler ist klar: „Dann müssen alle Strukturen auf den Prüfstand.“ **ALEXANDER WEBER**

### Fehler in Corona-Grafik

In unsere Grafik zur Corona-Krise auf der Blickpunkte-Seite von gestern hat sich ein Fehler eingeschlichen. Die farbliche Zuordnung zur Wirkung möglicher Handlungsstrategien war vertauscht, was zu Fehlinterpretationen führen könnte. Richtig ist, dass die Schließung von Schulen und Universitäten (korrekt: grüne Kurve) weniger wirkt als die Isolierung Infizierter (orange). Die Isolierung Infizierter mit Quarantäne der Haushaltsmitglieder ist noch wirksamer und wird in der Grafik durch die gelbe Kurve dargestellt. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen. **mm**